



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/151 - 4. Juli 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise auf den Inhalt:

Sturm um die Wehrpflicht	S. 1
Marine-Schwarzpunkt Ostsee?	S. 2
Bonner Bausucht	S. 3
Professor Diems seltsamer Aufruf	S. 5

Der Kern des Übels

sp. Wird das Wehrpflichtgesetz von der um so viel kleiner gewordenen Koalition angenommen, dann wird das ein schwerer Schlag für die moralische Einheit und Kraft des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit sein. Das, was mit diesem Gesetz beschlossen werden soll, würde in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation und angesichts der deutschen Spaltung alle die Bemühungen aufs Äusserste behindern, die darauf abzielen, trotz Eiserner Vorhang und zweier grundverschiedener politischer Systeme in Deutschland die Gemeinsamkeit des deutschen Denkens und Fühlens zu erhalten und dort, wo sie bedroht scheint, zu stärken.

Sinnfälligster Ausdruck dieser Not war der dramatische Appell der Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirchen an Bundesregierung und Bundestag, sich der Tragweite aller Folgen bewusst zu sein, die mit der Einführung der Wehrpflicht für das ganze deutsche Volk und seine Zukunft verbunden sein werden. Aus den Männern der Synode sprach die nicht an Bonn und Pankow gebundene Stimme Deutschlands. Die Synode ist eine unpolitische Körperschaft, die seit dem Zusammenbruch in intensivster Arbeit um den Fortbestand des geistigen Zusammenhaltes Deutschlands bemüht ist, die sich einen grossen Erfahrungsschatz in dieser Arbeit erworben hat und deren Urteil in dieser Stunde besonders schwer wiegen sollte.

Aber auch dieser von Gewissensnot diktierte Anruf sozusagen in letzter Stunde wurde von der Koalition in den Wind geschlagen, obwohl

es sich um Persönlichkeiten und Kräfte handelt, von denen gerade Regierung und Regierungspartei immer wieder behaupten, sie stünden ihnen nahe.

Schon der stürmische Auftakt der Wehrpflicht-Debatte in der zweiten und dritten Lesung war übereaus kennzeichnend für die Situation, in der wir uns befinden. Den Anlass gab eine Erklärung zur Geschäftsordnung des CDU-Abgeordneten Rasner, eines jungen, zuweilen recht anmassenden Abgeordneten, der, durch die Gunst des Kanzlers in der Fraktion schnell hochgekommen, den Aufstieg offenbar nicht gut vertragen hat. Er liebt es, sich von den ersten Bänken aus effektiv in Szene zu setzen und mit ironischen Lächeln und wegwerfenden Gesten dem Redner, soweit er der Opposition angehört, die vermeintliche eigene Überlegenheit zu demonstrieren. Mit seiner Erklärung vom Mittwoch gelang es ihm sogar, den immer ruhigen und massvollen Ollenhauer in Harnisch zu bringen. Am Ende einer erregten Geschäftsordnungs-Debatte stand dessen Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, damit die Sozialdemokratische Fraktion Gelegenheit habe, zu der neuen Situation Stellung zu nehmen.

Wenn sich die Fraktion trotz aller vorangegangenen Provokationen dennoch entschied, sich sachlich und sehr gründlich an der zweiten Lesung zu beteiligen, so geschah dies aus der Verantwortung, die sie für die jungen Menschen fühlt und zu tragen hat. Niemand, der den Vorsitzenden der SPD kennt, wird sich bei dessen, von innerer Erregung erfüllten Worten darüber im unklaren gewesen sein, dass die führende Oppositionspartei am Ende ihrer Geduld angekommen ist. Sie wird auch vor drastischen Schritten nicht zurückschrecken, wenn man versuchen sollte, sie in dieser deutschen Lebensfrage unter Nichtachtung der parlamentarischen Anstandsregeln zu überrollen.

Der Versuch, die Wehrpflicht elf Jahre nach dem Zusammenbruch in der Bundesrepublik einzuführen, geht auf den Kanzler zurück. So hätte er wenigstens an diesem Tage selbst zur Stelle sein müssen, weil schon in der zweiten Lesung entscheidende Grundsatzfragen zu diesem Problem behandelt werden. Er zog es vor, wieder einmal abwesend zu sein, ein Verhalten, das bei einem so bedeutenden parlamentarischen Ereignis keine Parallele in irgendeiner parlamentarischen Demokratie findet.

Die Einführung der Wehrpflicht ist im allgemeinen Ausdruck des Willens eines Volkes, seine Kraft zu konzentrieren, um sich vor äußeren Gefahren zu schützen. Im Falle der Bundesrepublik, die ja nur einen Teil des deutschen Volkes umfasst, ist dieser Schritt ein Gang ins Ungewisse, der sogar den geistigen und moralischen Zusammenhalt unseres Volkes schwächt. Die Massnahme geht nicht vom Schicksal des Ganzen, sondern von Interesse eines Teiles aus. Darin liegt der Kern des Übels.

Geschwollene Töne

mu, Kiel

Der Schwerpunkt der in der Vorbereitung begriffenen deutschen Bundesmarine soll nach allem, was man hört, in der Ostsee zwischen Kiel und Flensburg liegen. Diese neue Marine, welche die Bundesregierung in forciertem Tempo auf die Beine stellen möchte, soll eng mit der dänischen und der norwegischen Marine zusammenarbeiten. Beide Staaten sind aber nicht nur mit der NATO verbunden, sondern gehören dem Nordischen Rat an, in dem ausserdem noch Schweden und Finnland vertreten sind, die mit der NATO nichts zu tun haben.

Diese zweiseitigen Bindungen Dänemarks und Norwegens haben natürlich die besonders nachdrückliche Betonung des defensiven Charakters ihrer NATO-Angehörigkeit zur Folge. Sie vermeiden auch nach aussen, sich etwa als Herren der Ostsee oder der Ostseeeausgänge zu offenbaren. Alle Staaten des Nordischen Rates üben betonte Zurückhaltung hinsichtlich ihrer strategischen und taktischen Marinepolitik. Das geschieht um so mehr, weil auch die Sowjetunion in steigendem Maße, trotz ihrer starken Ostseeflotte, alles vermeidet, was ihr den Vorwurf einbringen könnte, sie wolle die Ostsee zum russischen Binnenmeer machen. Die Entwicklung zur Mäßigung setzte ein, als die Sowjetunion den strategisch höchst wichtigen Flottenstützpunkt Porkkala bei Helsinki räumte.

Um so verwunderlich erscheinen nun in der letzten Zeit marinepolitische Äusserungen, die von massgebenden Politikern und Militärs hinsichtlich der künftigen Aufgaben der deutschen Marine in der Ostsee vorgebracht worden sind. Das Ganze erhält dadurch fast einen grotesken Anstrich, dass die deutsche Bundesmarine vorerst überhaupt nur über drei Schnell-, mehrere vom Bundesgrenzschutz übernommene Patrouillenboote und über ein vom Meeresgrund gehobenes U-Boot verfügt. Die 163 Kriegsschiffe im Werte von 2000 Millionen DM, welche die Bundesregierung anschaffen soll, und wovon zwei Drittel in der Ostsee zu stationieren sind, werden noch viele Jahre auf sich warten lassen - falls nicht vorher eine rückläufige Entwicklung einsetzt.

Auf dem kürzlichen Treffen des Marinebundes erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Vizeadmiral a.D. Heye, die Bundesmarine sei "in unseren Gewässern, zusammen mit der dänischen Marine, Teilen der norwegischen Marine, und mit der notwendigen Unterstützung anderer NATO-

Marinen aus dem Atlantikbereich eine Art von weit vorgeschobenen Sicherungstreifen der NATO-Seemacht, und zwar in einem Gebiet, in dem wichtige eigene Seeverbindungen in unmittelbarer Nähe des sowjetischen Machtblocks laufen..." "Die Bundesmarine bringt als wertvollen Beitrag für die NATO-Marine die bewährten Erfahrungen in solchen Seeräumen, wie der Ostsee, mit und wird auch in der Lage sein, auf Grund unserer langjährigen Erfahrungen die Hochseemarinern von England oder der Vereinigten Staaten von Amerika zu ergänzen."

Heye erklärte also zum Zeitpunkt, da der Kalte Krieg überall abgebaut wird nichts anderes, als dass die deutsche Marine in der Ostsee sozusagen die "Schwertspitze" der grossen Kriegsflotten der USA und England darstellen soll, zweier Seemächte also, die nie darauf gepocht haben, in der Ostsee Einfluss auszuüben. Und der Chef der Abteilung Marine im Bundesverteidigungsministerium, Vizeadmiral Friedrich Ruge, erklärte in den USA in Pensacola (Florida): "Die Gründe für die Notwendigkeit einer deutschen Ostseeflotte ergeben sich aus der nahezu alleinigen Anwesenheit russischer Kriegsschiffe in der Ostsee".

Auch diese Feststellung ist letzten Endes aggressiv; sie weist auf den Zwang Russlands hin, seine Küsten verteidigen zu müssen, wenn die deutsche Bundesmarine aufgestellt ist, deren Notwendigkeit also mit dem präsumtiven russischen Gegner begründet wird. Das sind Auffassungen, die dem skandinavischen Denken völlig fremd sind. Gerade auf deutscher Seite, und besonders bei den höchsten Marineoffizieren, wird man gut daran tun, Zurückhaltung zu üben. Wenn es überhaupt so weit kommen sollte, dass eine stärkere deutsche Flotte in der Ostsee stationiert wird, - eine etwas irrealer Vorstellung freilich - so darf sie niemals den Anschein erlangen, sie wolle aggressiv sein.

* * *

Die Kosten der Bonner Bundesbauten

von U.G. Ritzel, M.d.B.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Lieferung einer detaillierten Übersicht über die Kosten der Bonner Bundesbauten kam in der Bundestags-Sitzung vom 29. Juni 1956 nicht mehr zur Behandlung. Angesichts der reich befrachteten Tagesordnung des Bundestages ist auch nicht zu erwarten, dass er vor Wiederbeginn der Parlamentsarbeiten nach den Sommerferien zur Beratung gelangt. Ausserdem wurde die Übersicht,

die das Bundesfinanzministerium über die Kosten der Bonner Bundesbauten erstellt hat, nur den Mitgliedern des Haushaltsausschusses zugestellt, während sie im Sinne des Antrages allen Bundestagsabgeordneten vorgelegt werden muss.

Aus einem Bericht des Bundesfinanzministers an den Haushaltsausschuss ergibt sich, dass die Gesamtaufwendungen des Bundes für Dienstgebäude bis jetzt 93 895 450 DM betragen, wozu noch 30 000 000 DM des Bundespostministeriums sowie einige andere kleinere Posten kommen. Für Wohnungsbauten wurden bis jetzt 143 224 000 DM ausgegeben. Dazu kommen 5 100 000 DM für die Schaffung von bundeseigenen Wohnungen für deutsche Bedienstete bei der amerikanischen Vertretung, 800 000 DM für einen Grunderwerb in Mehlen-Deichmannsawe, insgesamt also 149 124 000 DM. Nicht erfasst werden von der Übersicht des Bundesfinanzministers die geplanten Baukosten des Bundesministeriums für Verteidigung auf der Hardhöhe bei Bonn-Luisdorf (Pentagon) mit 55 Mio DM und nicht erfasst auch die geplanten Baukosten für etwa 2 000 Wohnungen für die Bediensteten des Bundesverteidigungsministeriums, die mit mindestens 40 Mio DM anzusetzen sind, so dass der Gesamtaufwand für Wohnungsbauten auf 189 Mio DM zu beziffern ist und die Kosten für Bonner Bundesbauten im ganzen rund 368 Mio DM betragen.

Aus den Einzelheiten der Übersicht ist zu entnehmen, dass die Ersteinrichtung der Bundesverwaltung in Bonn 12 900 000 DM, die Baukosten des Deutschen Bundestages rund 10 000 000 DM, das Bundeskanzleramt sowie das Presse- und Informationsamt rund 13.000 000 DM, der Neubau des Auswärtigen Amtes 15,4 Mio DM, der Neubau des Bundesministeriums der Finanzen rd. 11,8 Mio DM, die Dienstgebäude der Bundesministerien für Wirtschaft und für Wohnungsbau rd. 5 Mio DM, das Dienstgebäude des Bundesernährungsministeriums 2,1 Mio DM, die Dienstgebäude des Verteidigungsministeriums bis jetzt rd. 4 Mio DM erforderten. Die dringend notwendige Raumbeschaffung für die in Bonn akkreditierte Presse ist nicht vorgesehen und auch die angesichts der unbefriedigenden Raumverhältnisse im Bundestag selbst (vor allem wegen der mangelhaften Arbeitsmöglichkeiten für Abgeordnete) notwendige Raumbeschaffung ist nicht geplant. Beide Raumfragen werfen im Zusammenhang mit dem Verlangen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion auf Einstellung noch nicht begonnener Bauten und Unterlassen weiterer Anforderungen von Mitteln für Bürogebäude ernste Probleme auf.

Der Haushaltsausschuss nimmt abweichend von dem Antrag der -5-

sozialdemokratischen Bundestagsfraktion die Haltung ein, dass kein Baustop erfolgen soll, er schlägt vielmehr im Einzelfall die Überprüfung einer etwaigen besonderen Dringlichkeit vor und vertritt auch die Meinung, dass bei weiterem Bedarf zunächst zu prüfen sei, ob eine mietweise Unterbringung möglich und eine Unterbringung im Raume Bonn unbedingt notwendig ist.

Die Auseinandersetzung über die Kosten bereits vorhandener und die Kosten weiterer Bundesbauten sowie das Verlangen der SPD auf Einstellung noch nicht begonnener Bauten wird im Hinblick auf die Zukunft der Stadt Bonn von besonderem Interesse sein. Auf jeden Fall stellt sich heute schon für den Fall einer Wiedervereinigung sehr ernsthaft die Frage nach der zukünftigen Verwendung der Bonner Bundesbauten und nach der Gefahr, die für Bonn wirtschaftlich mit dieser Frage verbunden ist.

* * *

Stahlhelm und Kampfspiele

sch. Im Programmheft der "Vaterstädtischen Festspiele" in Köln 1956 schreibt Carl Dier in "Kampfspiel-Erinnerungen" in Bezug auf die II. Deutschen Kampfspiele 1926 u.a.:

"Für uns Teilnehmer ein unvergesslicher Tag! A d e n a u e r, das Stahlhelm des Bundeskanzlers noch unsichtbar, aber schon erahnbar unter der Oberbürgermeister-Robe, hiess das Fest in seiner Stadt willkommen. Beigeordneter Billstein und seine treuen Mitarbeiter hatten es in unendlicher Liebe ausgerichtet."

Um Missverständnissen sogleich vorzubeugen: Auch ich habe verstanden, dass mit dem "es" das Fest gemeint ist, und nicht das (1926!!!) noch unsichtbare und doch (von Dier) schon erahnte bundeskanzlerische Stahlhelm. Der verehrens-werte, leider verstorbene ehe. Kölner Beigeordnete Billstein hat bestimmt an diesem von Prof. Carl Dier erahnten adenauerischen Stahlhelm nichts ausgerichtet.

Vom Stahlhelm zum Kampf ist es erfahrungsgemäss nicht weit. So schreibt denn Prof. Dier später nach seinem Vorschlag, die Deutschen Kampfspiele wieder aufzunehmen, prompt weiter:

"Das wäre doch eine glückhafte Folge der sportlichen Selbstbesinnung, wie sie auch "Vaterstädtische Kampfspiele" sind.

Wollen wir den Gedanken aufnehmen: Wieder "Deutsche Kampfspiele?"
Die ersten neuen "Deutschen Kampfspiele" in Köln!

Ich frage mich: Warum macht der gute, alte, menschlich so feinfühlende und feinsinnige Professor Diez aus den Vaterstädtischen Festspielen schon wieder Vaterstädtische Kampfspiele? Morgen beklagt er sich dann wieder darüber, so sei das nicht gemeint gewesen, er sei falsch verstanden worden. Ich meine "Festspiele" ist auch kultivierter und warum sagen wir zu dem, was auch der gute Professor Diez als allgemeine sportliche Zentralveranstaltung in Stadt, Land und Bund, will, und was ja auch vor 1933 seinen Grundgedanken im "Reichs-Arbeiter-Sporttag" hatte, anstelle der "Kampfspiele" nicht "allgemeines Deutsches Sportfest"?

Ich gebe zu: Deutsche Kampfspiele mag in Erhaltung des bundeskanzlerischen Stahlhandes zeitgemässer sein in Bezug auf den Bonner Kurs; aber für uns, und mit uns für grosse Teile des Deutschen Volkes und auch für viele Völker der Erde, hat diese Kampfidologie auch noch andere Erinnerungen:

Den neuen "ersten Deutschen Kampfspielen in Köln" könnte zur Krönung leicht noch ein zeitgemässes "Bombenfeuerwerk" angehängen werden und damit hätten wir dann schon wieder einmal einen ersten Schritt getan zur ideologischen Vorbereitung für ein späteres, kleines Atombömbchen auf Köln. Und das will auch Herr Prof. Diez nicht. Also denken wir doch schon im Wortgebrauch am Anfang um.

Der Sport kann doch eine so schöne Sache sein. Da tun es Wettspiele, Sportfeste und Körperbildung und reinetwegen Körperkultur auch, es muss doch nicht immer Kampf und Geschäft sein.

Als Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister zu Köln, in Zusammenarbeit mit der Kölner sozialdemokratischen Rathausfraktion gegen den Willen mancher seiner damaligen Parteifreunde den Grüngürtel und das Stadion in Köln schuf, da war noch nicht das bundeskanzlerische Stahlhand unter der nichtvorhandenen Kölner Oberbürgermeister-Robe zu erahnen. Dafür war Konrad Adenauer damals doch noch zu klug und bei aller Hochachtung, Herr Professor, ich halte Sie nicht für einen Hellseher!

* * *